

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013

Zur Bundestagswahl 2013 wendet sich die Bundesingenieurkammer als Dachorganisation aller 16 deutschen Ingenieurkammern mit den nachfolgenden Wahlprüfsteinen an die zur Wahl stehenden Parteien und ihre Kandidaten mit der Bitte, hierzu Stellung zu nehmen.

Diese Wahlplattform wird von den Ingenieurkammern der 16 Länder getragen. Das sind im Einzelnen:

- Ingenieurkammer Baden-Württemberg
- Baukammer Berlin
- Bayerische Ingenieurekammer-Bau
- Brandenburgische Ingenieurkammer
- Ingenieurkammer der Freien Hansestadt Bremen
- Hamburgische Ingenieurkammer-Bau
- Ingenieurkammer Hessen
- Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern
- Ingenieurkammer Niedersachsen
- Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen
- Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz
- Ingenieurkammer des Saarlandes
- Ingenieurkammer Sachsen
- Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt
- Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein
- Ingenieurkammer Thüringen

Die Bundesingenieurkammer vertritt die Interessen von ca. 140.000 Ingenieur(inn)en. In den 21.500 Büros der selbständigen Ingenieure werden Planungsleistungen in Höhe von ca. 17 Milliarden EURO erzielt.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Planungs- und Bausektors müssen die Rahmenbedingungen für die Arbeit der planenden Ingenieure verbessert werden.

## Perspektive Europa

Das Ingenieurwesen hat in Deutschland eine lange Tradition und eine gute Reputation. Die exzellente Ingenieurausbildung genießt Weltruf. Ingenieurinnen und Ingenieure haben mit ihrer Arbeitsleistung zu einem wesentlichen Teil zum wirtschaftlichen Wachstum und zum technischen Fortschritt beigetragen und stehen an vorderster Front im globalen Innovationswettbewerb. Im Erhalt und in der Steigerung der Leistungsfähigkeit Deutschlands ist die Zukunftssicherung des Ingenieurwesens eine zentrale politische Herausforderung.

|           |   |
|-----------|---|
| <b>1.</b> | <b>Wir fordern die Bundesregierung auf, die Interessen der mittelständischen Ingenieure und Architekten bei der Europäischen Union nachhaltig zu vertreten.</b> |
|-----------|---|

## Qualitätssicherung durch Ingenieure

Das föderale System der Bundesrepublik steht durch die europäische Integration und die Globalisierung vor neuen Herausforderungen. In seiner gegenwärtigen Form ist es diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen.

Für die Berufsausübung der freiberuflich tätigen Ingenieure ist die Vereinheitlichung der 16 unterschiedlichen Länderregelungen dringend erforderlich. Für das innerstaatliche Berufsrecht muss Einigkeit darüber bestehen, dass die Bezeichnung „Ingenieur“ und „Beratender Ingenieur“ grundsätzlich nur auf einheitlicher Basis vergeben werden kann. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Bachelor- und Masterabschlüsse.

Zur Deregulierung der Länderbestimmungen sollte ferner eine bundesweit einheitliche Berufsausübungsregelung geschaffen, die Regelungen der verschiedenen Listenführungen und das Bauvorlagerecht vereinheitlicht werden.

|           |  |
|-----------|--|
| <b>2.</b> | <b>Wir fordern den Gesetzgeber auf, ein bundeseinheitliches Berufsausübungsrecht für freiberufliche Ingenieure zu schaffen. Die landesbaurechtlichen Hindernisse, die durch die unterschiedlichen Regelungen der Landesbauordnungen für die Berufsausübung von Ingenieuren bestehen, sind zu beseitigen.</b> |
|-----------|--|

|           |   |
|-----------|---|
| <b>3.</b> | <b>Es muss sichergestellt werden, dass die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ nur von Personen geführt werden darf, deren Studienschwerpunkte überwiegend im ingenieurwissenschaftlichen Bereich liegen.</b> |
|-----------|---|

## Bildung und Hochschulpolitik

Bauingenieure müssen durch Ihr Studium lernen, kreative Lösungen für Ingenieuraufgaben zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Dies ist die Grundlage für künftig weiterhin erfolgreiche Ingenieursarbeit im In- und Ausland.

Bereits auf dem schulischen Weg zur Hochschulreife muss ein angemessenes Niveau in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern vermittelt werden. Die zum Ausgleich der Defizite derzeit an den Hochschulen verstärkt angebotenen Brückenkurse für Studienanfänger können nur eine Notlösung sein. Ziel muss es sein, dass Abiturienten ein Ausbildungsniveau vermittelt bekommen, das Brückenkurse überflüssig macht.

Das deutsche Hochschulsystem weist im internationalen Vergleich durchaus Stärken auf, ist jedoch gleichzeitig durch einige gravierende Fehlsteuerungen und Ineffizienzen gekennzeichnet. Viele Studiengänge sind geprägt von hohen Abbrecherquoten und einer praxisfernen Ausbildung. Um den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern, müssen Universitäten und Hochschulen Rahmenbedingungen erhalten, die es ermöglichen, ausreichend viele qualifizierte Ingenieure für den Arbeitsmarkt auszubilden und auch für besonders qualifizierte Studenten gute Bedingungen zu bieten.

**4.**

**Bildungspolitik kann nicht das Ziel haben, dass eine größere Anzahl an Abiturienten und Hochschulabsolventen durch eine kürzere, kostengünstigere Ausbildung mit Niveauabsenkung erreicht wird.**

**Kürzer - billiger - schlechter kann nicht der Weg der Bildung sein! Wir fordern massive Anstrengungen für eine bessere Bildung, um das anerkannt hohe Niveau der deutschen Ingenieure zu erhalten.**

**Bildungspolitik ist Zukunftspolitik!**

## **Mittelstandsfreundliche Vergabepolitik – faire Vergabebedingungen schaffen**

Ingenieure haben eine große Verantwortung bei der baulichen Gestaltung des Gemeinwesens. Sie müssen die Bauherren auch in Zukunft als Treuhänder unabhängig, umfassend und kompetent beraten. Das erfordert die Trennung von Planung und Ausführung und die Beibehaltung des bewährten Systems der Vergabungsordnungen – insbesondere der VOF. Wenn die Planung eines Bauwerks zusammen mit der Bauausführung vergeben werden, bestimmen die Interessen des ausführenden Unternehmens, nicht die des Bauherrn die Planung. Darunter leidet die Qualität und Nachhaltigkeit, was für den verantwortungsbewussten öffentlichen und privaten Bauherrn teuer wird.

Die Ingenieure sehen im Leistungswettbewerb den besten Weg zu technisch, wirtschaftlich und gestalterisch überzeugenden Bauten. Der reine Preiswettbewerb, das heißt die Vergabe von Planungsleistungen allein nach ihrem Preis, ist verfehlt, denn billigere Planung heißt unzureichende und damit schlechtere Planung. Es gilt der alte Grundsatz: Wer am Planen spart, zahlt beim Bauen drauf.

Geistig-schöpferische Leistungen der Ingenieure müssen auch künftig im Verhandlungsverfahren vergeben werden. Sie dürfen nicht nur nach dem günstigsten Preis, sondern unter dem Aspekt der bestmöglichen Leistungserbringung für eine sachgerechte und qualitätsvolle Leistungserbringung vergeben werden.

|           |   |
|-----------|---|
| <b>5.</b> | <p><b>Wir fordern, dass die Bundesregierung und alle bundeseigenen Unternehmen und Institutionen am Grundsatz der Trennung von Planung und Bauausführung festhalten und dies auch bei der Reform des Vergaberechts berücksichtigt werden.</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>EU-Schwellenwerte sollten in der EU-Vergaberichtlinie auf über 500.000 Euro (besser 1 Mio. Euro) angehoben werden.</b></li><li>• <b>Die Gültigkeit von Referenzen ist auf über fünf Jahre (besser 10 Jahre) zu verlängern.</b></li></ul> |
|-----------|---|

## Öffentliche Infrastruktur verbessern

Durch zu geringe Investitionen der öffentlichen Hand ist es in den vergangenen Jahren in der gesamten Bundesrepublik zu einer Verschlechterung der Infrastruktur gekommen. Verkehrswege, insbesondere Brücken als exponierte Ingenieurbauwerke, öffentliche Gebäude, Kanalisation sowie öffentliche Grün- und Freianlagen sind in einem maroden Zustand und bedürfen dringend einer Ertüchtigung. Die öffentliche Hand ist verantwortlich für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, die für den Wirtschaftsstandort Deutschland von größter Wichtigkeit ist, und darf sich dieser Verantwortung nicht entziehen.

|           |   |
|-----------|---|
| <b>6.</b> | <p><b>Wir fordern eine Infrastrukturoffensive auf allen staatlichen Ebenen, da diese für den Wirtschaftsstandort Deutschland essenziell ist.</b></p> <p><b>Wir fordern die Politik auf, verbindliche Aussagen zur Zukunft der Verkehrswege (Straßen-, Schienen-, Flug- und Schiffsverkehr) sowie zu Investitionen und zur Instandhaltung der einzelnen Bereiche zu treffen.</b></p> |
|-----------|---|

## Energiewende mitgestalten

Wenn es darum geht, aufgrund der veränderten Energiequellen und aufgrund der Klimaschutzziele mehr energieeffiziente Lösungen zu realisieren, spielen Ingenieure eine Schlüsselrolle. Die Entwicklung und der Einsatz umweltfreundlicher Technologien gehen weit über die energetische Gebäudesanierung hinaus. Es geht um Effizienz bei der Energieeinsparung und -gewinnung. Bei der Energiewende sind aber auch die Planung von Energietransport und Energiespeicherung von zentraler Bedeutung. Für eine erfolgreiche Energiewende sind erhebliche Ingenieurleistungen zwingend notwendig. Qualität kann nur durch Überprüfung sichergestellt werden. Die Kompetenz liegt hier klar bei den Kammern, denn diese haben den besten Überblick zur Einordnung der Energieexperten in bundesweit geführten Listen.

|           |  |
|-----------|--|
| <b>7.</b> | <p><b>Wir fordern, dass die Bundesregierung Rahmenbedingungen zur Energiegewinnung, zum Energietransport bis hin zur Energieeinsparung in Industrie und Haushalten schafft, die es Ingenieuren ermöglichen, optimierte nachhaltige Lösungen zu bieten.</b></p> |
|-----------|--|

|  |  |
|--|--|
|  | <b>Die Ingenieurkammern bieten hierzu mit ihren Experten für Energiefragen ihre Mithilfe an.</b> |
|--|--|

## Öffentlicher Bauherr

Durch Personaleinsparungen in den Planungs- und Bauämtern hat die Sachkompetenz der öffentlichen Bauherren gelitten. Das hat negative Folgen für freiberufliche Ingenieure und Architekten, die als Partner eine effiziente, flexible und sachkompetente Bauverwaltung mit technischem Sachverstand brauchen.

|           |  |
|-----------|--|
| <b>8.</b> | <b>Wir fordern, dass sich der öffentliche Bauherr zwar im Wesentlichen mit seinen Bauverwaltungen auf seine Bauherrenfunktion konzentriert, aber über einen angemessenen Personalbestand mit technischem Sachverstand verfügt.</b> |
|-----------|--|

|           |   |
|-----------|---|
| <b>9.</b> | <b>Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass Planungsleistungen nicht von öffentlichen Bauherren, sondern von freiberuflich arbeitenden Ingenieuren und Architekten zu erbringen sind. Dies fördert in der Regel die Qualität der Planungsleistungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Wirtschaftlichkeit.</b> |
|-----------|---|

## Planungswettbewerbe

Mit den neuen Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW 2008) wurde die Grundlage für eine grundsätzliche interdisziplinäre Ausschreibung von Architekten- und Ingenieurleistungen in Form von Planungswettbewerben geschaffen, die nicht nur der Qualitätsfindung dienen sondern auch ein Instrument der öffentlichen Vermittlung von Baukultur darstellt.

Der Bauherr erhält durch Wettbewerbe eine Fülle unterschiedlicher Lösungsvorschläge, aus denen er auswählen kann. Wettbewerbe sind hervorragend geeignet, eine in gestalterischer, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht optimale Planungslösung zu finden. Wettbewerbskultur kann aber nur entstehen, wenn mehr Planungsaufgaben als Wettbewerbe ausgelobt werden und wenn Ingenieure gleichberechtigt an Wettbewerben teilnehmen dürfen.

|            |   |
|------------|---|
| <b>10.</b> | <b>Wir fordern die Gleichberechtigung der Ingenieure im Wettbewerbswesen. Der interdisziplinäre Wettbewerb soll der Regelfall für die Ausschreibung von öffentlichen Planungsleistungen werden.</b> |
|------------|---|

## Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sichert Leistungsqualität

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ist ein unverzichtbares Element zur Qualitätssicherung beim Bauen. Sie sorgt dafür, dass es beim Wettbewerb um Planungsleistungen nicht allein um Preiskriterien sondern auch um Qualität geht. Es gilt der Grundsatz „Wer billig plant, baut teuer“. Die HOAI schafft Transparenz und gibt dem – in der Regel unerfahrenen - Bauherrn wie auch dem Ingenieur eine verlässliche Orientierung; sie dient dem Verbraucherschutz und ist aufgrund der „Inländerregelung“ europakonform.

|            |   |
|------------|---|
| <b>11.</b> | <b>Ingenieure und Architekten fordern die Rückführung der originären Planungsleistungen der Teile VI, X-XIII HOAI 1996 (Umweltverträglichkeitsstudie, Thermische Bauphysik, Schallschutz und Raumakustik, Bodenmechanik, Erd- und Grundbau, Vermessungstechnische Leistungen) in die HOAI 2013.</b> |
| <b>12.</b> | <b>Ingenieure und Architekten fordern für die Zukunft eine auskömmliche, wirtschaftliche Grundlage für die Auftragserfüllung. Nur so können sie ihre Unabhängigkeit gegenüber allen am Bau Beteiligten sicherstellen.</b>   |
| <b>13.</b> | <b>Die Bundesregierung wird auch aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die HOAI als öffentliches Preisrecht nach EU-Dienstleistungsrichtlinie eingehalten wird. Bei Zuwiderhandlungen sind rechtliche Konsequenzen anzudrohen.</b>   |
| <b>14.</b> | <b>Wir fordern, dass die Bundesregierung alle fünf Jahre eine wirtschaftliche Anpassung der Honorare überprüft und beschließt. Die Zuständigkeit für die HOAI innerhalb der Bundesregierung sollte überprüft werden.</b>  |

## Stadtentwicklung

Die Städte müssen sich in den kommenden Jahren vielfältigen Herausforderungen stellen, die eine ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik erfordert. Einerseits geht es darum, Wachstumsprozesse in die richtigen Bahnen zu lenken, andererseits Schrumpfungstendenzen bzw. auch der zunehmenden Segregation in den Städten entgegenzuwirken. All das erfordert nicht singular gedachte Lösungen, sondern ganzheitlich entwickelte Antworten. Es gilt, das gesellschaftliche Miteinander und die soziale Verankerung in unseren Städten zu stärken und energieeffizienten, generationengerechten und bezahlbaren Wohnraum bereit zu stellen. Der Berufsstand der Ingenieure wird dazu seinen Beitrag leisten.

Ein besonderer Schwerpunkt der Stadtentwicklung muss auf dem Wohnungsbau liegen. Bereits jetzt ist in den zehn größten deutschen Städten ein Defizit von mehr als 100.000 Mietwohnungen zu verzeichnen. Es besteht ein jährlicher Neubaubedarf von mindestens 130.000 neuen Mietwohnungen – etwa doppelt so viele wie derzeit realisiert werden.

|            |  |
|------------|--|
| <b>15.</b> | <b>Wir fordern die Fortführung und Weiterentwicklung einer Städtebaupolitik, die eine integrale Betrachtung und Lösung der anstehenden Herausforderungen unterstützt. Die Vergabe von Städtebauförderungsmitteln sollte an Planungsansätze der Kommunen gebunden sein.</b> |
|------------|--|

Um die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem und modernen Standards entsprechendem Wohnraum sicherzustellen, braucht der Wohnungsbau - Neubau wie Sanierung - dauerhafte Investitionsanreize. Die Schaffung von Wohnraum ist eine soziale Frage und gerade in den Ballungsräumen wird mittel- und langfristig mehr bezahlbarer Wohnraum sowohl für junge Familien als auch für die älter werdende Generation gebraucht. Um den Wohnungsbau zu beleben sollte beispielsweise über die Wiedereinführung der 2006 abgeschafften Eigenheimzulage nachgedacht werden, mit der die Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum gefördert wurde. Weiter sollte die in einigen Ländern mittlerweile bei über 5 Prozent liegende Grunderwerbsteuer gesenkt oder die degressive Absetzungsmöglichkeit der Kosten der Anschaffung über die Steuer (degressive Afa) wieder eingeführt werden.

|            |   |
|------------|---|
| <b>16.</b> | <b>Mit einer differenzierten Förderpolitik (u. a. steuerliche Anreize, ausreichende Ausstattung der Städtebauförderung, verbesserte Kompensationszahlungen zur sozialen Wohnraumförderung vom Bund an die Länder) ist der Bau zukunftsweisender und bezahlbarer Mietwohnungen zu fördern.</b> |
|------------|---|

## Normenflut eindämmen

Technische Regeln und DIN-Normen haben erheblichen Einfluss auf die Planung und Ausführung von Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen. Normen regeln u. a. Planungsgrundlagen und Nachweisverfahren. Sie tangieren alle Leistungsbereiche und Tätigkeitsfelder der Planer und der anderen Beteiligten der Bauwirtschaft. Insgesamt sind für das Bauwesen fast 24.000 DIN-Normteile relevant.

Die Zahl neuer Normen hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Zwischenzeitlich handelt es sich zu fast 90 % um europäische bzw. internationale Normprojekte. Die Themenvielfalt hat zugenommen. In Gesetzen und Verordnungen wird auf sie regelmäßig in Form von „Stand der Technik“ bzw. „anerkannte Regel der Technik“ Bezug genommen.

Wir wenden uns entschieden gegen jede Versuche des DIN oder anderer Normungsinstitutionen, z. B. Inhalte, Verfahren und/oder Prozesse der Stadtentwicklungsplanung zu normieren. Ziele, Inhalte und Maßnahmen der Stadtentwicklung werden auf der Basis politischer Wertentscheidungen festgelegt und entziehen sich deshalb ei-

[Wahlprüfsteine\\_BlnGK\\_2013.docx](#)

ner Normierung durch das DIN oder durch internationale Organisationen für Normung. Standards in der Stadtentwicklung können allein durch die entsprechenden demokratisch legitimierten Gremien auf Bundesländerebene bzw. kommunaler Ebene entschieden werden.

|            |   |
|------------|---|
| <b>17.</b> | <p><b>Wir fordern, die Normenflut einzudämmen. Normen sind auf das Notwendige sowie auf ihre bewährten Kernbereiche zu beschränken, die zur Sicherheit von Gefahren für Leben und Gesundheit erforderlich sind. Die Normung ist im Konsens der betroffenen Wirtschaftskreise so auszugestalten, dass ein widerspruchsfreies, konsistentes Normenwerk gewährleistet ist. Normen müssen praxisgerecht sein, als anerkannte Regel der Technik dienen und in Planung und Ausführung Rechtssicherheit bieten.</b></p> <p><b>Jegliche Versuche der Normungsinstitutionen, Inhalte, Verfahren und/oder Prozesse der Stadtentwicklungspolitik zu normieren, werden abgelehnt.</b></p> |
|------------|---|

## EUROCODE

Jeder Bauherr hat Anspruch darauf, dass sein Vorhaben nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet wird. Mit der bauaufsichtlichen Einführung des EUROCODE werden alle am Bau Beteiligten zur Anwendung von technischen Regelwerken gezwungen, deren Praxisbewährung noch aussteht bzw. die sogar punktuell im Widerspruch zur bewährten Technik stehen können.

Bauherren müssen das Risiko hinnehmen, dass an ihren Investitionen die Praxistauglichkeit erprobt wird. Neben dem allgemeinen Anwendungsrisiko müssen sie auch höhere Bau- und Planungskosten in Kauf nehmen. Die Baubranche kann sich nur von ihrer zivilrechtlichen Haftung entlasten, wenn die Investoren zur Beschränkung ihrer werkvertraglichen Rechte bereit sind.

|            |   |
|------------|---|
| <b>18.</b> | <p><b>Die Rechtsunsicherheiten infolge der staatlich vorgeschriebenen Anwendung des EUROCODE verbunden mit der Duldungspflicht der Erprobung von nicht in der Praxis bewährten technischen Regelwerken müssen beseitigt werden.</b></p> |
|------------|---|

Berlin, April 2013